

Haushaltsrede der Fraktionssprecherin Annette Floyd-Wenke
im Rat der Stadt Rheine am 16.02.2016
es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

für diese Rede habe ich weder einen Schlager, noch ein Zitat eines Politikers gefunden, das der aktuellen, in vielerlei Hinsicht dramatischen Situation angemessen Genüge getan hätte. So werde ich statt eines Zitates oder eines Gassenhauers meinen Einlassungen eine grundsätzliche Überlegung voranstellen.

Rheine ist eine überschaubare Gemeinde. Ein persönlicher Bezug von BürgerInnen zu den politischen Vertretern unserer Stadt ist leicht herzustellen und soweit ich weiß, von allen gewollt. Dies gilt auch für die Haushaltsplanung. Ein partizipativer, transparenter Haushalt mit stärkerer Ausrichtung des Ressourceneinsatzes an den Interessen der BürgerInnen, könnte in Rheine Vieles verbessern. Bei der schwierigen Aufgabe eines bedarfsgerechten Einsatzes öffentlicher Mittel oder bei der Festlegung von gerechten und vielleicht auch neuen Prioritäten, könnten unsere BürgerInnen sicher sinnvolle Entscheidungshilfen geben

In diesen Tagen ist angesichts der Flüchtlingsproblematik häufig die Rede von der Gefahr der Spaltung unserer Gesellschaft und von der Schwierigkeit der Politik, erforderliche Maßnahmen zur Bewältigung des Problems zu kommunizieren.

Ich bin überzeugt, dass ein Haushalt mit Bürgerbeteiligung zur Stärkung des demokratischen Bewusstseins wesentlich beitragen kann. In unserer Gemeinde gibt es viele aktive, kritische, fordernde und verantwortungsbewusste BürgerInnen, die in einen Dialog sinnvoll einbezogen werden können. Durch die Kontrolle und einer Rechenschaftspflicht ihnen gegenüber wird Vertrauen in die Tätigkeit der Rheiner Stadtverwaltung entwickelt. Vor allem aber bietet eine solche Teilhabe die Möglichkeit, neue Prioritäten festzulegen und damit gesellschaftliche Lebensqualität zu verbessern. Eine partizipative Haushaltspolitik kann nicht nur zur Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit beitragen, sondern auch zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Im Grunde genommen geht es auch hier, wie in allen Bereichen der Politik, um Vertrauen in die politischen Entscheidungsträger und die Legitimität ihrer Entscheidungen. Es liegt auf der Hand, dass bei von Politik und BürgerInnen gemeinsam getroffenen Haushaltsentscheidungen gerade jetzt, in Zeiten knapper öffentlicher Mittel, eine höhere Akzeptanz für Sparmaßnahmen, aber auch für dringend erforderliche Investitionen erreicht werden kann, wenn eine entsprechende Teilhabe gewährleistet ist.

Vor diesem Hintergrund Herr Dr. Lüttmann freut es uns zunächst, dass Sie als vordringlichste Herausforderung die Unterbringung und Integration von Geflüchteten benannt haben. Zutreffenderweise prognostizieren Sie weitere Zuwanderung und damit einhergehend, die Notwendigkeit für eine Neujustierung bestehender Konzepte. Sie haben angekündigt, hierfür bereits klare Vorstellungen im Rahmen Ihrer Organisationsgewalt zu haben und versprechen ein gutes Ergebnis für die Bürgerinnen und Bürger. Wir begrüßen, dass Sie dem Bereich Migration und Integration eine neue und besondere Bedeutung beimessen, ob dies jedoch als Stabsstelle dem Dezernat Soziales unterstellt wird, oder ob dieser Aufgabenbereich nicht besser in einem eigenen Fachbereich angesiedelt werden sollte, darüber sollten wir einmal reden. Ich gehe davon aus, dass Sie sich im Sinne partizipativer Politik mit den sich damit befassenden Gremien und Arbeitskreisen im Vorfeld von Entscheidungen austauschen und Sie uns als Rat der Stadt Rheine das Recht auf Mitwirkung bei Gestaltung und Entscheidung in diesen Fragen einräumen werden. Sie können sicher sein, dass wir die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und die Integrationsarbeit der Haupt- und Ehrenamtlichen stets eng begleiten werden.

Für die finanzielle Ausstattung zur Bewältigung dieser Herausforderungen sind Bund, Land und Kommune verantwortlich. Wir sind uns einig, dass die derzeitige Ausstattung nicht ausreichen wird, und auch hier werden wir in unserem Haushalt unterjährig Anpassungen vornehmen müssen. Wir erwarten hierzu Ihre Vorschläge, werden eigene Anträge einbringen und darauf achten, dass die Mittel so verwendet werden, dass sie den Menschen zugutekommen, für die sie bestimmt sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf unseren Antrag für eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge zurückkommen, den sowohl Integrationsrat und Sozialausschuss abgelehnt haben. Sie werden sich mit Sicherheit nochmals mit dieser Frage auseinandersetzen haben, meine Damen und Herren, denn die Zuwanderung hält weiter an und auch der Kreis mit seiner Verwaltungsarbeit für die Kommunen, die im Übrigen auch bezahlt werden muss, wird bald an seine Grenzen stoßen. Da wird eine Umorganisation zwangsläufig zu erwarten sein. Ganz zu schweigen von der Notwendigkeit, hilfeschuchende Menschen angemessen medizinisch versorgen zu müssen.

Gute Integrationsideen wie das Kommunale Integrationszentrum, die Gesundheitskarte und längst überfällige Begleitprogramme, die auch die Verwaltung entlasten würden, werden hier meiner Einschätzung nach zu zögerlich aufgegriffen. Wir werden beobachten, ob an der Aktualisierung des Migrations- und Integrationskonzepts aus 2007 nunmehr zügig gearbeitet wird und ob es dann auch konsequent von allen Beteiligten berücksichtigt und umgesetzt wird.

Herr Bürgermeister, in Ihrer Einbringungsrede sagen Sie, dass die Erhöhung der Grundsteuer nur ein wenig Zeit verschafft hat und wir nun selber das Schiff auf Kurs bringen sollen. Sie stehen für Aufwandsreduzierung vor Steuererhöhungen. Sie wollen trotz gesteigener Erträge einen strikten Sparkurs einschlagen und diesen gegen Widerstände verteidigen, es soll Aufgaben- und Organisationskritik geübt werden. Ob dies eine klare Ansage oder nur Sprechblase ist, vermag ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings nicht zu beurteilen, denn Sie haben allzu kurzfristig Ihre Ideen kommuniziert. Sie haben es bislang verabsäumt, einen Hinweis

darauf zu geben, welche konkreten Vorstellungen Sie z. B. zu strukturellen Änderungen in den politischen Gremien anstreben. Dazu hätten Sie gleich nach der Verabschiedung des Haushaltes die Gelegenheit und wir sind jetzt schon gespannt auf Ihre Ausführungen. Vielleicht kommt es Ihnen in den Sinn, Ihre begrüßenswerte Idee, die Bürgerinnen und Bürger in transparenter Weise über den Haushalt, die Aufgaben und Leistungen in Ihrer kleinen Artikelserie in der MV zu informieren, insoweit auszubauen. Bedauerlicherweise bietet unsere Internetseite nicht ausreichend Möglichkeiten für mehr Bürgerbeteiligung. Ein zeitgemäßer, diesen Anforderungen entsprechender Relaunch sollte schnellstmöglich realisiert werden.

Natürlich sprechen Sie auch die Wirtschaft in Rheine an. Unseren Unternehmen sollen attraktive Standorte angeboten werden. Wollen wir aber Firmenansiedlungen befördern, um Arbeitsplätze zu schaffen und Rheine für junge Familien attraktiver zu gestalten, dann sollten wir auch über eine Erhöhung der Gewerbesteuer nachdenken, denn sie ist für uns die Stellschraube für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik. Wir wissen, dass es Kriterien wie Verkehrsanbindung, Infrastruktur, Arbeitskräftepotential, weiche Standortfaktoren und ja, auch die Leistungsfähigkeit der Verwaltungsstruktur sind, die Unternehmensansiedlungen entscheidend beeinflussen und es gerade nicht die Hebesätze bei der Gewerbesteuer sind, die für oder gegen einen Standort sprechen.

Abschließend möchte ich noch einen letzten Satz Ihrer Rede kommentieren. Hier fordern Sie die alten Rituale bei Haushaltseinbringung und –Verabschiedung aufzugeben. Bei entsprechender Phantasie erkenne ich darin eine Zustimmung zur Forderung nach partizipativer Haushaltspolitik. Ich denke, die Haushaltsdebatte ist ein dauerhafter Prozess, Öffentlichkeit kann in jedem Stadium zu jeder Zeit hergestellt werden. Falls Sie also damit gemeint haben sollten, dass Haushaltsdebatten grundsätzlich öffentlich geführt werden sollten, pflichte ich Ihnen bei.

Wie jedes Jahr meint unser Kämmerer uns erneut daran erinnern zu müssen, dass man nicht über seine Verhältnisse leben darf. Ich persönlich warte darauf, dass diese Verhältnisse auch von ihm einmal analysiert werden, dass die wirtschaftlichen Zusammenhänge in unserer Gemeinde dargelegt und die Ursachen für und Wirkung auf die desolate Ausstattung der Kommunen benannt werden.

Tatsache ist doch, dass die Kommunen unterfinanziert sind und es in der Landesverfassung noch immer keinen Konsens darüber gibt, eine Mindestfinanzausstattung festzuschreiben, obwohl das festgelegte Konnexitätsprinzip dies zwangsläufig erforderlich macht. Nicht nur dass das Warnen vor einem „Wirtschaften über die Verhältnisse“ schon deshalb eine Plattitüde ist, weil dies ohnehin gesetzlich untersagt ist, eine solche Mahnung trägt nicht im geringsten dazu bei, sich mit den gegenwärtigen Verhältnissen auseinanderzusetzen und Möglichkeiten einer Neujustierung ins Auge zu fassen.

Herr Krümpel, Sie machen es sich gefährlich einfach. Sie plädieren dafür keine neuen Aufgaben zu übernehmen, solange die bisherigen nicht durchfinanziert sind. Das hieße ja, dass wir auch die Aufgaben nicht werden ausführen können, die uns Land und Bund übertragen haben. Aber ich verstehe Sie auch so, dass Sie keine neuen sogenannten freiwilligen Leistungen übernehmen wollen, deren Finanzierung

nicht gesichert ist. Besteht aber nicht gerade darin die Herausforderung für eine sich selbst verwaltende Kommune, dessen Bürgermeister und Rat das Leben für ihre Bürgerinnen und Bürger gestalten wollen?

In Ihrem Vorschlag für die Haushalts- und Finanzplanung 2016 – 2019 verfolgen Sie die unveränderten Zielsetzungen des Vorjahres, und Sie wissen doch bereits jetzt, dass so gut wie kein Ziel erreicht werden kann. Allerdings kalkulieren Sie hier schon mit einer weiteren möglichen Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuer. Dies ist mit den Vorstellungen des Bürgermeisters nicht in Einklang zu bringen und mit unseren auch nicht. Gleichzeitig kündigen Sie eine Rücknahme der Ansätze für die Gewerbesteuer an, obwohl diese die Haupteinnahmequelle von Steuern bei den Kommunen ist. Das verstehe, wer will, sind die gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen doch schon seit 2008 mit einem Steuersatz von 3,5% genug entlastet worden und der Hebesatz in Rheine seit 2011 unverändert geblieben.

Bei den Aufwendungen insbesondere im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen, obwohl Sie von einer guten Beschäftigungsquote ausgehen. Zu Recht kommentieren Sie, dass diese Entwicklung zum Nachdenken anregt. Gerne nehmen wir hierzu Ihre Analysen in unsere Beratungen auf.

Insgesamt prognostizieren Sie ein strukturelles Defizit von noch etwas mehr als 3 Mio Euro, jedoch ohne Netto-Neuverschuldung, bei Beibehaltung der geplanten Investitionen und ohne Kürzung der freiwilligen Aufgaben oder Anhebung der Realsteuern. Das hört sich erst einmal nicht schlecht an, ich werde darauf aber noch einmal zurückkommen müssen.

Die Vorschläge zur Gestaltung des Stellenplans zeigen, wo die Verwaltung ihre Schwerpunkte zu setzen beabsichtigt. Wir stimmen zusätzlichen, dringend benötigten Stellen bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen zu, halten jedoch die Stellenplanung für Überwachung des fließenden Verkehrs, Stadtplanung und Klimaschutz für zu großzügig bemessen. Wir können dem Stellenplan nicht zustimmen, denn schon allein die Gewichtung der neu einzurichtenden Stellen entspricht nach unserer Auffassung nicht den tatsächlichen Erfordernissen.

Offenbar haben die Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen den Kämmerer bei der Aufstellung dieses und der künftigen Haushalte davon überzeugen können, 10 Millionen in 10 Jahren als Zielvorgabe für die Konsolidierung einfließen zu lassen und jedwede Verschuldung im Vorfeld als Untat zu geißeln. Meine Damen und Herren, ich halte die Zielvorgabe in dieser Pauschalität für nicht sachgerecht und unseriös. Die Verschuldung einer Kommune ist grundsätzlich ein differenziert zu betrachtender Komplex. Uns ist allen bekannt, dass sich die Verschuldung oder auch Entschuldung einer Kommune immer an den ökonomischen Erfordernissen zu orientieren hat. Also, wer nicht verheerende soziale Konsequenzen verantworten möchte, darf nicht dem Trugschluss, der Markt würde sich selbst regulieren oder heilen, erliegen. Im Gegenteil: ein Verschuldungsverbot könnte sogar den Zusammenbruch des ökonomischen Systems zur Folge haben. Die wenigsten schuldenfreien Kommunen haben nicht etwa wegen ihrer finanziellen Leistungskraft keine Kredite aufgenommen, sondern sie konnten dies nicht, weil ihnen wegen Leistungsschwäche gar keine Kredite mehr gewährt wurden.

Aber auch wir wollen mit der Aufnahme neuer Kredite keine weitere Umverteilung von Vermögen und damit die Bindung von Budgetanteilen künftiger Haushalte. Mag die finanzielle Ausstattung durch Bund und Land auch unzureichend sein, die Leistungsfähigkeit unserer Kommune wird nicht besser, wenn wir einen genaueren Blick auf die Konsolidierungsergebnisse und –möglichkeiten in dem hier vorliegenden Haushaltsentwurf werfen. Trotz Mehrerträgen und Aufwandsreduzierung (von insgesamt knapp 4 Mio Euro) haben wir 2015 mit einem Defizit abgeschlossen und werden dies auch in 2016 hinnehmen müssen.

Ich meine, wir sollten gerade im Hinblick auf die in der Kommune zu bewältigenden Herausforderungen der nächsten Jahre, auch innovative Ansätze der Einnahmensteigerung in Erwägung ziehen. Warum denken wir nicht ernsthaft über die Möglichkeit von kommunalen Betriebsprüfern nach? In unserem Antrag haben wir bereits auf die guten Erfahrungen aus anderen Kommunen hingewiesen. Oder warum werfen wir nicht einen genaueren Blick auf die örtlichen Aufwands- und Verbrauchssteuern. Entstehen nämlich durch einen kommunalen Aufwand und Verbrauch dem Abgabepflichtigen nachweisbare wirtschaftliche Vorteile, sollte von diesem, wenn auch begrenztem Steuerrecht schon Gebrauch gemacht werden.

Es kann doch nicht angehen, dass unser Haushalt nach dem Rasenmäherprinzip konsolidiert werden soll. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Antrag der CDU, einfach mal so ein paar Tausend Euro aus den Planungen für Gutachten zu streichen, ohne dass hierzu, auch auf Nachfrage nicht, eine plausible Begründung gegeben werden konnte. Wir meinen, dass an dieser Stelle auch unser Kämmerer kreativ tätig werden könnte und sollte. Stattdessen wird auf Seite 29 des Vorberichts zum Haushaltsentwurf die Idee der Haushaltskonsolidierung auf Kosten von Leistungen in den Bereichen Schule, Kultur, der Kinder- und Jugendarbeit, Spielplätzen usw. unterbreitet. Herr Krümpel, wir werden niemals dieser neoliberalen Umsetzung von vermeintlicher Generationengerechtigkeit zustimmen. Gerade jetzt, in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes und damit auch unserer Kommune so wenig vorhersehbar ist, werden Leistungssenkungen gerade in diesen Bereichen nicht das strukturelle Defizit verringern. Im Gegenteil. Sie führen zu einer abgewirtschafteten Infrastruktur und unzureichender Ausbildung künftiger Generationen. Wir sind der Überzeugung, dass wachstums- und nachhaltigkeitswirksame Leistungen, also Investitionen, gerade in diesen Bereichen für eine sich positiv entwickelnde Wirtschaft unerlässlich sind und damit auch dem Gemeinwohl zuträglich.

Wir werden uns in den nächsten Jahren hauptsächlich mit den Themen Integration und Inklusion beschäftigen. Hier gilt es nicht, die Herausforderungen nur irgendwie zu bewältigen, Politik und Verwaltung müssen gemeinsam Konzepte entwickeln, erproben und umsetzen und auch dafür müssen Mittel investiert werden. Sich allein mit Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten zu beschäftigen, die Arbeit von Ehrenamtlichen zu koordinieren, oder einen ehrenamtlichen Migrationsbeauftragten zu bestellen und ansonsten auf Bundes- und Landesmittel zu hoffen, wird nicht ausreichen, meine Damen und Herren und auch auf die Unterstützung des Kreises Steinfurt zu warten, wird keinesfalls ausreichend sein um den Anforderungen einer gelungenen Integration von Zugewanderten gerecht zu werden. Wir müssen daran denken, dass auch das hervorragende Engagement von Ehrenamtlichen endlich ist und wenn wir nicht bald über gewisse Anerkennungsboni nachdenken, wird auch die

Willkommenskultur in Rheine über kurz oder lang abebben. Es besteht tatsächlich die Gefahr, dass sich Willkommenskultur in Willkommenstechnokratie verwandelt.

Ich habe in meiner Rede schon einmal von einer Sprechblase gesprochen. Man könnte auch Lippenbekenntnis sagen. Lassen Sie mich am Schluss meiner Rede in diesem Zusammenhang noch ganz kurz auf das vielzitierte „Andere Miteinander“ im Rat eingehen:

Ich habe im vergangenen Jahr feststellen können, dass Vieles hinter den Kulissen geschieht bzw. abgesprochen wurde, wobei meiner Fraktion offensichtlich Zugang verwehrt wurde. Das finde ich schade. Ich habe aber auch wirklich konstruktive Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen des Rates führen können und das wiederum freut mich sehr. Zwischenzeitlich hat unsere Fraktion zudem überrascht zur Kenntnis nehmen können, dass unser Bürgermeister auch schon mal selbst zum Telefon greift. Das kann aber nur ein Anfang sein. Für unsere Wählerinnen und Wähler, für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt wünsche ich mir aber noch mehr Transparenz und mehr Informationen aus der Verwaltung und das eben nicht ausschließlich über die eine hier verfügbare Tageszeitung. Für das gesellschaftliche Klima in unserer Stadt ist es entscheidend, ob öffentliche Belange frühzeitig und meinungsbildend auch in der Öffentlichkeit diskutiert werden, also bei Bürgerveranstaltungen, ja auch außerhalb von Wahlkampfzeiten. Das wäre dann ein wirkliches „anderes Miteinander“.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die weitere gemeinsame Arbeit.